

ÖGB-Kongress 2009



Zum obigen Bild: Das ist die Lieblingspose der Führung von ÖGB und Arbeiterkammer: Sich gemeinsam mit den Bossen von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung des medialen Wohlwollens erfreuen und als Zulieferer für die Regierung tätig sein. Für eine konsequente Interessenvertretung bleibt da natürlich keine Zeit...

- 4** Den ÖGB neu erfinden
- 9** Kurzarbeit und Jobverlust
- 10** Ministinnenschelte und Arbeitszeiterhöhung
- 11** Diese Prämie ist ein Schrott
- 17** Post AG: Sonderdividenden statt Postämter
- 20** Ab 150 Millionen Dollar sind Sie dabei

Den ÖGB neu erfinden

Die nach dem BAWAG-Skandal notwendige und von der Basis erwartete Demokratisierung des ÖGB ist ausgeblieben. Die Gewerkschaftsspitze ist mehr denn je in der Sozialpartnerschaftspolitik verstrickt und agiert als Anhängsel von Regierung und Kapital. Aber gerade angesichts der weltweiten Krise des Kapitalismus ist eine Gewerkschaft als Interessenvertretung der Lohnabhängigen notwendig, die nur diesen verpflichtet ist.

Wortschöpfungen 2009

„Passivieren“ will die Telekom AG 1.250 Beschäftigte und will sie eine Zeitlang bezahlen, wenn sie zu Hause bleiben. Sogar im „trend“ wird dies als eine der „unappetitlicheren Wortschöpfungen“ bezeichnet, der ÖGB aber gerügt, weil er sich nicht dafür begeistert.

„Orange hat seinen 800 Mitarbeitern und MitarbeiterInnen für 2009 eine Jobzusage gegeben“ meldet „Österreich“. Müssen die Beschäftigten jetzt schon dankbar sein, wenn sie zu Jahresbeginn nicht vorweg gekündigt werden?

Siemens-Chefin Brigitte Ederer, frühere SPÖ-Europastaatssekretärin und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin verlangte vor dem „Klub der Wirtschaftsjournalisten“ von den Gewerkschaften „extremes Augenmaß“ bei den Kollektivvertragsverhandlungen und brachte dabei auch „Minus-Kollektivverträge“ - im Klartext Lohnverzicht - ins Spiel.

Impressum:

Herausgeberin: Karin Antlanger

Verleger: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB).

Redaktion: Leo Furtlehner, Franz Grün, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Susanna Lindner, Hubert Schmiedbauer, Lilian Stadler

MitarbeiterInnen dieser Nummer: Heidemarie Ambrosch, Karin Antlanger, Peter Baalman, Heike Fischer, Leo Furtlehner, Michael Graber, Franz Grün, Lutz Holzinger, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Gerald Oberansmayr, Siegfried Pötscher, Dagmar Schulz, Erwin Stingl, Andreas Szinger

Fotos: GLB-Archiv, ÖGB

Cartoon: Karl Berger

Lektorat: Susanna Lindner

Grafik, Satz und Layout: Franz Grün

Druck: Druckerei Luigard, 1100 Wien, Johann-Pölzer-Gasse 3.

Redaktionsadresse: Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugogasse 8

Mail: arbeit.glb@gmx.at, office@glb.at, Web: www.glb.at

ZVR-Nummer: 783265801

Bestellungen: Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts). Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblock übereinstimmen.

Einzelpreis: 1 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG 03410 665 190 (BLZ 14.000)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. März 2009

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29. Juni 2009 mit Schwerpunkt: **Arbeitszeit und Krise**

LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

Kontakt

GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien, +43 664 61 45 012, office@glb.at, www.glb.at

GLB-ÖGB

Laurenzerberg 2, 1010 Wien, +43 1 53 444 308 oder 309, oliver.jonischkeit@oegb.at

GLB-GdG

Elterleinplatz 6/2. Stock, 1170 Wien, +43 1 40 76 936, glb-gemeinde@inode.at, www.glb-gemeinde.at

GLB-GMTN

siehe GLB-ÖGB, +43 316 712436

GLB-GPA/DJP

siehe GLB-ÖGB, +43 664 61 45 012

GLB-GPF

siehe GLB-ÖGB, +43 664 465 33 83, roho64@aon.at

GLB-vida

Margaretenstraße 166, 1050 Wien, +43 1 54 641 296, franz.gruen@vida.at

GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Villach, +43 4242 31 091, glb@kpoe-villach.at

GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100 St. Pölten, +43 2742 710 74 0, lipress@aon.at

GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz, +43 732 65 21 56, glb@gmx.org

GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg, +43 662 87 22 44, glb.salzburg@aon.at

GLB-Steiermark

Lagergasse 98a, 8021 Graz, +43 316 71 24 36, glb.stmk@kpoe, http://steiermark.glb.at/-graz.at,

GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck, +43 6606882875, glb@imzoom.info, www.imzoom-info

GLB-Vorarlberg

p.A. Roland Schmid, Achsiedlungsstraße 33, 6900 Bregenz, +43 676 497 63 38,

Inhalt**Seite**

Den ÖGB neu erfinden	4/5
Soziales Verhalten im Wirtschaftssystem	6
Lasst sie doch ziehen	7
Schieflastig und unzureichend	8
Kurzarbeit und Jobverlust	9
Ministerinnenschelte und Arbeitszeiterhöhung	10
Diese Prämie ist ein Schrott	11/12
Konsequent Arbeitnehmerinteressen vertreten	13
Frühlingserwachen der Wiener Arbeiterkammer	14
Wieder zahlreiche GLB-Initiativen in der Wiener Arbeiterkammer	15
Aktiver GLB in der Wiener AK	15
Wahlergebnisse AK-Wahlen	16
Post AG: Sonderdividenden statt Postämter	17
Betriebsratswahlen bei den ÖBB	18
Ein anderes Wirtschaften ist möglich	19
Ab 150 Millionen Dollar Sind Sie dabei....	20
GLB trauert um Anton Hofer	21
Über 15.000 demonstrierten in Wien	22
AR-Tipp: Der Arbeitsvertrag	23

Häferlkaffee in der Josefstadt

Der Häferlkaffee hat eine neue Bedeutung bekommen, seit Julius Meinl V. eine Nacht in U-Haft verbringen musste. Auf der Pritsche und mit einem Verbrecher als Zellengenossen, wie „Österreich“ Mitleid heischend schrieb. Aber in nur 56 Minuten machte Meinl 100 Millionen Euro Kautions locker. Man hat ja schließlich, im Fall Meinl zwei Milliarden. Fünf Wochen musste hingegen der in Rüstungsgeschäfte verwickelte „Graf“ Mensdorff-Pouilly in U-Haft verbringen. Und BAWAG-Elsner sitzt immer noch, seine mickrige Million Kautions reicht nicht. Aber bald gehört es wohl zum guten Ton bei den „oberen Zehntausend“, in der „Josefstadt“ eingesessen zu haben...

Editorial

Von Karin Antlanger
Juristin und
Sozialpädagogin
Betriebsrats-
Vorsitzende
EXIT-sozial Linz
Bundesvorsitzende des GLB

Arbeit ist Wellness

Wenn in den letzten Jahren über die erlittenen Reallohnverluste durch schwache KV-Abschlüsse gesprochen wurde, so tauchte immer wieder mal die scherzhafte Bemerkung auf, dass wir irgendwann noch dafür zahlen werden müssen, um arbeiten zu dürfen. Die Realität holt uns dabei schneller ein, als wir glauben wollen: In Oberösterreich stellte bei einer Diskussionsveranstaltung zum Chancengleichheitsgesetz (Nachfolgegesetz des öö Behindertengesetzes) ein Betroffener die Frage, warum für das stundenweise Arbeiten in einer Beschäftigungseinrichtung bis zu 40 Prozent seines Pflegegeldes einbehalten werden. Die angesprochene leitende Beamtin der Sozialabteilung des Landes OÖ meinte auf diese Frage: „Für Wellness müssen sie ja auch zahlen.“

Arbeit ist also Wellness? Stellt sich nur noch die Frage, wie viel diese Beamtin für ihren geschützten, weil pragmatisierten, Arbeitsplatz denn monatlich bezahlt, wenn sie so 40 Stunden pro Woche im Amt relaxt. Der betroffene Diskussionsteilnehmer arbeitet stundenweise in einer Wäscherei. Da kann man die erschwerten Arbeitsbedingungen wie Hitze, Dampf etc. schon mal als Sauna oder Dampfbad interpretieren und für Sauna zahlt man halt. Wenn andere Behinderte in einem landwirtschaftlichen Projekt arbeiten, so könnte dies etwa als Urlaub am Bauernhof ausgelegt werden, der ja auch nicht gratis ist. Und solange es noch Briefträger bei der Post gibt, könnte deren Arbeit als Spaziergehen in der frischen Luft kostenpflichtig gemacht werden.

Als der italienische Ministerpräsident Berlusconi die Notlager der obdachlos gewordenen Erdbebenopfer in den Abruzzen mit einem Campingwochenende verglich, waren sich alle einig, dass dies wieder mal eine seiner außergewöhnlichen Geschmacklosigkeiten ist, für die er sich zu entschuldigen habe. Berlusconi ist in seiner selbstgefälligen Art ein besonderes Ekel.

Die zynische Bemerkung der Beamtin der öö Sozialabteilung, dass Behinderte für Arbeit in Beschäftigungseinrichtungen zahlen müssten, weil sie für Wellness ja auch zahlen - die liegt auf dem gleichen Niveau wie Berlusconis Sager.

Den ÖGB neu erfinden

Von Lutz Holzinger

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung zeichnete sich lange Zeit durch personelle Kontinuität aus. Seit jedoch sie mit der BAWAG-Affäre ins Trudeln geraten ist, wurde die Präsidentenfunktion zum Wanderpokal.

Rudolf Hundstorfer, der Fritz Verzetnitsch kurzfristig abgelöst hatte, wurde am 16. ÖGB-Kongress im Jänner 2007 in seinem Amt formell bestätigt. Am vorhergelegten 17. Bundeskongress im Juli 2009 soll nun Erich Foglar als sein Nachfolger bestätigt werden.

Ob der Kongress zu mehr als für diese formale Weichenstellung taugt, ist äußerst fraglich, nachdem die von der Gewerkschaftsbasis erwartete Demokratisierung ausgeblieben ist. Beschlüsse fallen weiter hinter verschlossenen Türen im kleinsten Kreis der Spitzenfunktionäre. Für die Bewertung der Arbeit des ÖGB existiert jedoch ein eindeutiges Kriterium: Die Entwicklung der Lohnquote. Sie ist seit gut 20 Jahren rückläufig und stellt der ÖGB-Spitze ein Armutszeugnis aus.

Dieser Kurs wurde unter dem Vorwand entwickelt, sozialpartnerschaftliches Einvernehmen über alle anderen Interessen zu stellen, weil dies segensreich sei. Tatsächlich unterstreicht die negative Entwicklung der Lohnquote, dass der Anteil der Werktätigen am gesellschaftlichen Reichtum stark rückläufig ist: Hundstorfer, Foglar und Co. haben sich von der Unternehmerseite, der sie in ihrer Lebensweise näher stehen als einfachen Gewerkschaftsmitgliedern, in den Lohnverhandlungen regelmäßig über den Tisch ziehen lassen.

Doppelter Schaden

Die Bereitschaft der Gewerkschaftsführung, den Werktätigen lohnmäßig

das Weiße aus den Augen zu nehmen, hat nicht nur den Abschwung der Lohnquote ausgelöst, sondern zählt auch zu den Ursachen der aktuellen Weltwirtschaftskrise. Sie beruht auf einer Überakkumulation von Kapital, das in der Produktion bereits längere Zeit nicht mehr gewinnbringend angelegt werden konnte. Daraus resultierten die Kunststücke der Finanzmarktjongleure und das seit den Alchimisten des Mittelalters falsifizierte Versprechen aus Gold (= Geld) mehr Gold machen zu können. Die Zeche der Misere haben erst recht wieder die Lohnabhängigen zu bezahlen, wie die dramatisch steigenden Zahlen in puncto Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zeigen.

Wie weit weg die ÖGB-Spitze von der Rolle ist, unterstreicht der Konflikt um die Verlängerung der Anwesenheitspflicht der LehrerInnen um zwei Wohnstunden. Unterrichtsministerin Claudia Schmied bezeichnete diese Maßnahme als Krisenopfer der Lehrkräfte und betrachtet sie als unerlässlich, um die Qualität von Unterricht und Schule ohne zusätzliche Belastung des Bundesbudgets zu steigern. Trotz der Erwartung, dass die aktuelle Weltwirtschaftskrise lang anhalten wird, hat die ÖGB-Spitze auf die Zumutung der SPÖ-Ministerin seltsam zahnlos reagiert. Nur die unmittelbar betroffenen Gewerkschaftssektionen haben unter dem Druck der Mitglieder das Schmied-Modell vehement abgelehnt. Was wenig bringt, wenn die unheilige Regierungsbündnis von SPÖ und ÖVP eine Entscheidung gegen den Willen der Lehrer trifft.



Die Leitmedien wurden offenkundig auf die Linie eingeschworen, die LehrerInnen samt Interessenvertretung lächerlich zu machen. Dennoch hält der geschäftsführende ÖGB-Präsident Erich Foglar an der Sozialpartnerschaft fest. Auf die „Standard“-Frage „Die SPÖ-Regierungsmannschaft geht offenbar davon aus, dass in Krisenzeiten auch Beschlüsse gegen die Gewerkschaft nötig sind. Muss die Gewerkschaft in Zeiten wie diesen leiser treten?“ sagte der ÖGB-Chef. „Überhaupt nicht. Die Gewerkschaft hat in erster Linie die Beschäftigten zu vertreten. Es ist ziemlich egal, ob es eine Krise gibt oder nicht. Ich plädiere sehr dafür, dass man in sozialpartnerschaftlicher Weise versucht, gemeinsam eine Lösung zu finden.“ Das kann man vorausseilende Kompromiss- bzw. Konsensbereitschaft nennen, bevor ein Konflikt überhaupt ausgeht.

35 Stunden-Woche verbummelt

Für jeden halbwegs nüchternen Beobachter liegt auf der Hand, dass eines nachhaltigen Abbaus von Arbeitsplätzen und der Fortsetzung der Ostwanderung von Produktionsstätten eine radikaler Schritt zur Arbeitszeitverkürzung erforderlich ist. Haben die Fachgewerkschaften die Weiterentwicklung zur 35 Stunden-Woche verbummelt, um ihrer jeweiligen Kernklientel Überstunden in Hülle und Fülle zukommen zu lassen, so wäre jetzt längst der Aufbruch zur 30 Stunden-Woche fällig. Unter dieser Voraussetzung könnten Arbeitsplätze ohne Kündigungen und Kurzarbeit wirkungsvoll

gesichert werden.

Die sozialpartnerschaftliche Orientierung erfordert eine autoritäre Durchsetzung der Entscheidungen, die in Spitzengremien oder hinter den Kulissen ausgehandelt werden. Aufgrund der dadurch erzeugten Distanz fehlt es der ÖGB-Führung an realistischer Tuchfühlung zur Betriebs- und Mitgliederbasis. Klaus Kotschnig hat als Betriebsratsvorsitzender in einem Kärntner Leiharbeitsunternehmen gezeigt, dass die im ÖGB-Statut vorgesehene Bildung von Bundesbranchenausschüssen geeignet ist diese Schwachstelle zu überwinden, sofern eine entsprechende Zielstellung vorhanden ist. Diese Gremien haben an sich die Funktion, die Fachgewerkschaften bei der Formulierung der Lohnpolitik und anderer Forderungen im Interesse der Beschäftigten zu unterstützen.

Die mit Betriebsräten des jeweiligen Wirtschaftszweiges besetzten Bundesbranchenausschüsse haben das Recht, absolut autonom und überfraktionell zu agieren. Sie können als Sprachrohr der Beschäftigten in den Betrieben zur Entwicklung und Durchsetzung von Forderungen in sämtlichen Lohn- und Sozialfragen genutzt werden. Branchenausschüsse existieren der Papierform nach in allen Fachgewerkschaften und haben die Aufgabe, die Belegschaftsvertreter eines Wirtschaftszweigs auf einer überfraktionellen Basis für die Beratung der Fachgewerkschaften in Lohn- und anderen für die Beschäftigten eines Wirtschaftszweigs relevanten Fragen heranzuziehen.

Zweiter Schritt erforderlich

Im Fall des Bundesausschusses für die Branche der Arbeitskräfteüberlassung hat die Aktivierung sich bezahlt gemacht. Auf Initiative von Kotschnig haben die beteiligten Betriebsräte die Frequenz ihrer Treffen erhöht und ein

„Ruf“-Seminar der Arbeiterkammer für intensive Schulungen, Beratungen und Diskussionen genutzt. Als besonders belebend habe sich der Erfahrungsaustausch zwischen den Vertretern verschiedener Betriebe erwiesen. In der Kombination von KV-Steigerungen und innerbetrieblichen Forderungen ist es dem Betriebsräten gelungen, in seinem Unternehmen überproportional hohe Lohnabschlüsse durchzusetzen.

Angesichts der traurigen Figur, die viele Lenker der Marktwirtschaft derzeit abgeben, ist wieder von der Regulierungsfunktion des Staates und der Vergesellschaftung von Unternehmen die Rede. Es wäre aber schon viel gewonnen, wenn in Österreich die Gewerkschaftsdemokratie real wieder-

Entwicklung der ÖGB-Politik sind, kann gewährleistet werden, dass die Rücksicht auf Budget-, Konjunktur- und Unternehmeraspekte nicht zu bestimmenden Faktoren werden, wie das im Zeichen der Sozialpartnerschaft der Fall ist.

Die ÖGB-Führung beruft sich gern auf Vorgänger wie den langjährigen ÖGB-Präsidenten Anton Benya. In seiner Zeit agierten die Fachgewerkschaften in Lohnverhandlungen allerdings auf der Grundlage der nach ihm benannten Benya-Formel, wonach Lohnabschlüsse nicht nur die Teuerungsabgeltung, sondern zusätzlich einen angemessenen Teil der Produktivitätssteigerung in der jeweiligen Branche umfassen mussten. Damals war eine stabile bis leicht steigende Lohnquote



belebt oder neu geschaffen würde.

Ist die Bildung der Einheitsgewerkschaft den negativen Erfahrungen mit Richtungsgewerkschaften in der 1. Republik geschuldet, so erscheint heute die Schaffung einer überfraktionellen Gewerkschaftsbewegung überfällig. Es geht dabei um die völlige Loslösung von den politischen Parteien. Nur wenn die Interessen der Mitglieder tatsächlich der einzige Maßstab für die

das Ergebnis der Sozialpartnerschaft; heute sinkt der Anteil der Werktätigen am von ihnen geschaffenen volkswirtschaftlichen Reichtum dramatisch. Wie heißt es im Volksmund? – „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan; der Mohr kann gehen!“

Lutz Holzinger
ist Journalist in Wien

Soziales Verhalten im Wirtschaftssystem

Von Heike Fischer

Eine aktuelle Studie der AK-Consult OÖ belegt, dass die Mittel- und Großunternehmen Österreichs in den vergangenen Jahren immer besser an ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verdienten: Im Jahr 2006 durchschnittlich mehr als 31.400 Euro pro Person. Die Tendenz ist weiter steigend, der Wert für 2007 wird bei mehr als 41.990 Euro pro Person und Jahr liegen.

Die Differenz zwischen dem Wert, den jede/r Beschäftigte durchschnittlich zum ordentlichen betrieblichen Gesamtergebnis beiträgt – also die ordentliche Wertschöpfung pro Beschäftigten – und den Kosten, die jede/r Beschäftigte dem Unternehmen durchschnittlich verursacht – also der Personalaufwand – hat sich von 2002 bis 2006 insgesamt um ca. 24 Prozent erhöht. Die enorme Steigerung der Produktivität wurde also nur zum Teil an die ArbeitnehmerInnen weiter gegeben.

Was jedoch passiert mit dem Rest der Einnahmen?

Ein relativ großer Teil davon fließt nicht in beschäftigungsfördernde Sachinvestitionen, sondern wird auf dem Kapitalmarkt veranlagt oder für Unternehmensbeteiligungen verwendet. Im Jahr 2006 gingen rund 53 Prozent der Mittel, die von Unternehmen als Investitionen ausgewiesen wurden, in Finanzinvestitionen.

Ist es nicht vernünftiger und zukunftsorientierter diese Einnahmen in Menschen und deren Entwicklung zu investieren? Beispielsweise in eine Wertschöpfungsabgabe die zweckgebunden dem „kranken“ Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich oder der Finanzierung der Pensionen zugute kommen könnte?

Probleme bei der Finanzierung der

Sozialversicherung führen dazu, dass nach zusätzlichen und breiteren Finanzierungsquellen gesucht wird. In Österreich kommt als spezieller Beweggrund der Umstand hinzu, dass aus den lohnbezogenen Beiträgen zum Familienlastenausgleich in erheblichem Umfang auch Leistungen an Selbständige (Bauern und Gewerbetreibende) finanziert werden.

Die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Sozialleistungen, oft auch als „Umbasierung“ der Sozialversicherungsbeiträge bezeichnet, kann aufkommensneutral erfolgen. In diesem Fall kann der Beitragssatz gesenkt werden, da er auf einer breiteren Bemessungsgrundlage angewendet wird.

Da der Anteil des Lohnes an der Wertschöpfung zwischen den Branchen erhebliche Unterschiede aufweist, kommt es bei einer aufkommensneutralen Umstellung sowohl zu Entlastungen als auch zu Mehrbelastungen. Mehr Beiträge hätten kapitalintensive Branchen wie die Energiewirtschaft, Banken oder Versicherungen zu leisten, entlastet würden Industrie und Gewerbe, der Handel und der Bausektor.

Von einer aufkommensneutralen Umstellung ist eine beschäftigungssteigernde Wirkung zu erwarten. Da die Abgabenbelastung der Arbeitskosten gesenkt und jene auf das Ka-

pital erhöht wird, kommt es zu einer relativen Verbilligung der Arbeit, die deshalb vermehrt in der Produktion eingesetzt wird. Dadurch könnte sich auch die Beschäftigungsquote erhöhen und Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Argument, durch Lohnverzicht die Arbeitskosten zu senken, berücksichtigt nicht die Nachfrageseite. Die beschäftigungserhöhende Wirkung der billiger gewordenen Arbeit würde nicht eintreten, da gleichzeitig die Lohnempfänger ihre Nachfrage vermindern würden.

Wenn die Lohnquote wie in den letzten 15 Jahren eine sinkende Tendenz hat, so hätte eine zum Zeitpunkt der Umstellung aufkommensneutrale Einführung der Wertschöpfungsabgabe mittel- und längerfristig auch eine Steigerung des Beitragsaufkommens zur Folge, da die erweiterte Bemessungsgrundlage rascher zunimmt als die Lohnsumme.

Jene Unternehmen, die nur Rationalisierungsinvestitionen vornehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kündigen, entziehen sich dadurch auch einer adäquaten Finanzierung des Sozialstaates. Durch eine Wertschöpfungsabgabe ist dies nicht so leicht möglich. Sie kann dazu dienen, Sozialsysteme aufrecht zu erhalten.

Heike Fischer ist Betriebsratsvorsitzende im Zentrum Spattstraße Linz



Lasst sie doch ziehen...

Von Leo Furtlehner

Durch die Krise sind auch die Manager (Frauen sind da nur selten gemeint) ins Schussfeld geraten. Blankes Unverständnis herrscht dafür, dass hochdotierte Manager das von ihnen geleitete Unternehmen bei Umsatz und Gewinn in ungeahnte Höhen pushen um, entsprechend Prämien oder Boni abzucashen. Wenn dann der Karren zusammenbricht beteuern sie mitleidheischend ihre Unschuld und kassieren bei vorzeitiger Vertragsauflösung millionenschwere Abfertigung ohne jede Verantwortung.

Die Verteidiger dieses Systems gestehen höchstens ein, dass die Umsetzung falsch gelaufen ist, am Prinzip halten sie eisern fest, wie etwa Josef Urschitz in der „Presse“, dass solche Bonifikationen „höchst intelligent und sinnvoll“ seien. Wie pervers dieses System geworden ist, zeigt die Tatsache, dass vor zwanzig Jahren die CEOs (Konzernchefs) das 42-fache, vor Beginn der Krise aber bereits das 475-fache von einfachen ArbeiterInnen verdient haben.

Manager fallen immer auf die Butterseite: Normale Beschäftigte eines Unternehmens kriegen ihr Geld für die geleistete Arbeit, mit dem Risiko ihren Job zu verlieren. Selbständige wiederum haben zwar große Möglichkei-

ten Profit zu machen, freilich mit hohem Risiko nicht nur ihren Einsatz, sondern auch ihr Privatvermögen zu verlieren. Das Top-Management hat sich im Laufe der Jahre jedoch sowohl die Profitmöglichkeit (durch Millionenprämien oder Boni) als auch soziale Absicherung (in Form hoher Bezüge sowie Abfertigungen etc.) gesichert. Kein Wunder, dass Spitzenmanager ihren Ehrgeiz darin sehen, „ihr“ Unternehmen so zu entwickeln, dass es vor allem ihnen selbst zugute kommt. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus: Nicht nur die Manager haben von dieser Entwicklung profitiert, sondern natürlich auch die AktionärInnen. voestalpine-Boss Eder meint treuherzig „Wir werden alles

daransetzen, das Ergebnisniveau des Rekordjahres 2007/08 im nächsten Jahr halten zu können, jedenfalls aber einen ordentlich Gewinn schreiben“ – für seinesgleichen sind der Profit und die Dividende das einzige Kriterium. Nüchtern betrachtet ist also ein „gutes“ Bonussystem gar nicht möglich. Und wenn es heißt, ohne ein solches würden die „besten“ Kräfte ins Ausland abwandern, kann man getrost sagen: Dann lasst sie doch ziehen. Von ManagerInnen die ohne Millionenboni nicht motiviert sind, haben die Beschäftigten ohnehin nichts Positives zu erwarten. Wenn in den USA die Regierung androht, Millionenprämien zu 90 Prozent wegzusteuern, wenn in Frankreich aufgebrachte ArbeiterInnen „ihre“ Manager in Geiselhaft nehmen oder in Schottland sich manche Manager nicht mehr aus dem Haus trauen, dann ist das nur allzuverständlich. Wir können nämlich auf beide verzichten – auf solche Manager ebenso wie auf unersättliche Dividendengeier.

Sommer '09 in Kärnten

Sommerturnus 11. bis 25. Juli 2009 bzw. 15. bis 29. August 2009 im Kinderland-Ferienheim in ruhiger Lage am Gösselsdorfer See: Eigener Strandabschnitt fünf Minuten Waldweg vom Heim, Grasstrand, Beachvolleyball-Platz, zwei Wasserstege, Schattenplätze, Gratis-Umkleidekabinen und Duschen.

Vielfältiges Freizeitangebot: Wanderungen, Kreativ-Workshops, Federball, Basketball, Fußball, Volleyball, Tischtennis, Abendprogramm, Lagerfeuer, Disco-Keller.

Vollpension pro Turnus und Kind in-

klusive Betreuung durch ein gutes Team: 450 Euro, Geschwisterbonus 10 Euro, Erstteilnahmebonus 15 Euro. Reitwochen 11. bis 18. Juli 2009 bzw. 15. bis 22. August 2009, Verlängerungswochen möglich mit Bustransfer zum Reithof, ca. sieben Hektar Fläche, große Reithalle, über 30 Pferde

Angebot: fünf Tage reiten am Vormittag, jeweils zwei Reiteinheiten á 50 Minuten pro Tag, getrennt für AnfängerInnen und fortgeschrittene, kostenloser Ausrüstungsverleih

Preis pro Person und Reitwoche 325



Euro, Verlängerungswoche 190 Euro, Mindestteilnahmezahl sechs Personen pro Turnus

Infos und Anmeldungen: Kinderland Wien, Hugogasse 8, 1110 Wien, Telefon und Fax (01) 749 79 21, Mail office@kinderlandwien.at, Web www.kinderlandwien.at

Schieflastig und unzureichend

Von Michael Graber

Die Steuerreform 2009 ist schief lastig und unzureichend. Von der Reform profitieren die BezieherInnen hoher Einkommen am meisten, sie beinhaltet keine Gegenfinanzierung durch höhere Steuern auf Kapital und Vermögen, sie bewirkt damit nicht eine gerade jetzt zur Bekämpfung der Krise so dringend notwendige wirksame Umverteilung. Dieses Resümee auszusprechen ist notwendig, um keine Illusionen aufkommen zu lassen. Die Wahrheit ist, dass es sich um keine Reform des Steuersystems handelt, sondern um eine vorübergehende, aber schief lastige Entlastung.

So weist auch die Arbeiterkammer darauf hin, dass in der Steuerreform auch ein „Gewinnfreibetrag“ von durchschnittlich 1.900 Euro für Selbstständige verpackt ist, ohne dass damit betriebliche Investitionen gefördert werden, während Unselbstständige durchschnittlich nur um 400 Euro im Jahr entlastet werden. Weiters kritisiert die AK zu Recht, dass die Steuerbegünstigung von Stock-Options für Manager – de facto eine Droge für Spekulationen auf dem Kapitalmarkt und Anreiz für verstärkten Druck auf Löhne, Sozialleistungen und Arbeitsplätze – nicht abgeschafft wird.

Rückwirkend per 1. Jänner 2009 wird die Eingangsbemessungsgrundlage von 10.000 auf 11.000 Euro Jahreseinkommen leicht angehoben und der Eingangsteuersatz von 38,33 auf 36,5 Prozent marginal gesenkt. Der mittlere Steuersatz wird fast unverändert bei 43,21 Prozent belassen. Am meisten profitieren jedoch die Bezieher hoher Einkommen, weil die Bemessungsgrundlage für den Spitzensteuersatz angehoben wird. Je nach Einkommenshöhe bringt das eine Steuerersparnis zwischen 41 und 1.350 Euro im Jahr. Diese wird aber für Arbeitnehmer kleiner Betriebe, die keine EDV-gestützte Lohnverrechnung haben oder die im ersten Quartal dieses Jahres den Job gewechselt haben erst im nächsten Jahr und nicht als „Oster-

geld“, wie versprochen, wirksam.

Der neu eingeführte Kinderfreibetrag und die Einführung der Absetzbarkeit für Kinderbetreuung außer Haus nützen in erster Linie BezieherInnen hoher Einkommen. Hingegen ist eine Anhebung der Negativsteuer für die 2,5 Millionen Menschen, die mangels geringen Einkommens gar keine Lohnsteuer zahlen, nicht vorgesehen. Man wollte nur die „Steuerzahler“ entlasten, heißt es dazu von der Regierung. Aber das Argument, dass bereits über zwei Millionen Einkommensbezieher steuerfrei gestellt sind, greift nicht.

Kleinverdiener haben nichts von Reformen

Erstens zeigt dies, wie niedrig die Einkommen unterhalb des Medianeinkommen tatsächlich sind und zweitens berappen auch die Menschen, die keine Lohnsteuer zahlen, Umsatzsteuer, einschließlich auf lebensnotwendige Güter des täglichen Bedarfs wie Grundnahrungsmittel, Mieten, Energie und Medikamente. Auch den scheinbar steuerfrei gestellten Menschen werden auf diese Weise bis zu 20 Prozent ihres geringen Einkommens weggesteuert.

Kritisiert wird die Steuerreform auch vom Städtebund, weil sie (zusätzlich mit den im Herbst im Parlament be-

schlossenen Maßnahmen gegen die Teuerung) für die Gemeinden ab 2012 bundesweit einen Steuerausfall von 65 Millionen Euro im Wege der Verteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben über den Finanzausgleich nach sich zieht, während die im laufenden Finanzausgleich ausgehandelten Mehreinnahmen ab 2011 nur 156 Millionen Euro betragen. Damit wird die Notwendigkeit deutlich, dass mehr Mittel in den Topf des Finanzausgleichs fließen müssen und ein höherer Anteil für die Gemeinden notwendig ist und somit eine Steuerreform in Verbindung mit einer Gegenfinanzierung durch höhere Steuern auf Kapital und Vermögen stehen muss.

Eine solche Gegenfinanzierung muss die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf hohe Einkommen, die Wiedereinführung einer Vermögens-, Erbschafts- und Kapitalverkehrssteuer, die Aufhebung der steuerschonenden Privatstiftungen, die Anhebung der Körperschaftssteuer der Konzerne und die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe für eine nachhaltige Finanzierung von Pensionen und Gesundheit umfassen.

***Michael Graber ist
Wirtschaftssprecher der KPÖ***



Kurzarbeit und Jobverlust

Von Franz Grün

Die Meldungen beherrschen seit Monaten die Schlagzeilen. Als Schuldzuweisung wird die globale Wirtschaftskrise angeführt. Dies entspricht den herrschenden Gegebenheiten, jedoch sollten andere Aspekte ebenfalls in Betracht gezogen werden.

Die Situation, dass Nachbarn, Freunde und Bekannte ihr gesamtes bisher gelebtes Leben von Grund auf neu gestalten müssen, weil es in ihrem Betrieb entweder nur mehr ein vermindertes Arbeitsaufkommen gibt oder im noch schlimmeren Fall der Betrieb von der Schließung bedroht ist, kann nicht nur auf die Wirtschaftskrise zurückgeführt werden, sondern hätte zumindest in diesem Ausmaß vermieden werden können. Dass nebenbei, so wird zumindest behauptet, das Sozialsystem am kollabieren ist, wird uns von allen Seiten immer wieder vorgerechnet. Die gleichen Menschen haben aber kein Problem damit, wenn Manager für Verluste die sie bauen, noch Prämien oder Abfertigungen in Millionenhöhe kassieren.

Bereits vor rund zwanzig Jahren hat der damalige Sozialminister Dallinger die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe vorgeschlagen, um das Sozialsystem zu finanzieren. Basierend auf der Erkenntnis, dass die Finanzierung des Sozialsystems auf der Grundlage des arbeitsintensiven 19. Jahrhunderts baute, sich im 20. Jahrhundert eine steigende Produktivität mit gleichzeitig fallender Arbeitsintensivität entwickelte, kam Dallinger auf die Idee, die tatsächliche Wirtschaftskraft eines Betriebes als Beitrag zur Allgemeinheit zu versteuern.

Ein Aufschrei der Entrüstung ging quer durch das konservative Lager, allen voran verhöhnte die „Kronenzeitung“ Dallingers Idee als „Maschinensteuer“ oder „Vertreibungssteuer“. Tatsächlich

tragen die Lohnabhängigen bis heute basierend auf der Grundlage zur Bemessung der Sozialversicherungsabgabe die gesamte Last des Sozialversicherungssystems.

Ebenso lang fordern die Gewerkschaften die Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. In jedem Leitantrag zum ÖGB-Kongress beschlossen, die Spitzen mit der Umsetzung beauftragt und von diesen schubladiert. Die zeitgerechte Umsetzung dieser Forderung hätte zumindest in der jetzigen Situation für mehr Spielraum gesorgt. Für den GLB eine noch zu hohe Wochenarbeitsleistung, weil auch eine 30-Stunden-Woche zumindest in den Zeiten der Hochkonjunktur leistbar gewesen wäre und wahrscheinlich noch heute leistbar ist.

Kurzarbeit als Scheinlösung

Eine Lösung um die Auswirkungen der vorherrschenden Wirtschaftskrise und damit verbundene Auftragseinbrüche halbwegs in den Griff zu bekommen, sehen viele Unternehmen in der viel propagierten Kurzarbeit ihrer Mitarbeiter. Da es sich bei Kurzarbeit aber nur um eine zeitlich begrenzte Herabsetzung der Arbeitszeit zur Überbrückung von wirtschaftlichen Störungen handelt, ist Vorsicht walten zu lassen. In Betrieben mit funktionierender Betriebsratskörperschaft wird es deren Aufgabe sein, die Spielregeln für Kurzarbeit zu überwachen bzw. mitzugestalten.

In nichtorganisierten Betrieben ist es



für die Arbeitnehmer wichtig, wenn von der Betriebsleitung das Modell Kurzarbeit angesprochen wird, sich umgehend mit der zuständigen Fachgewerkschaft bzw. der Arbeiterkammer in Verbindung zu setzen. Es ist vor allem darauf zu achten, dass das Modell Kurzarbeit mit dem AMS vereinbart und gefördert wird.

Um Spitzen abzudecken bedienen sich viele Unternehmen mit Leasing-Personal. Diese modernen Arbeitsklaven trifft die derzeitige Arbeitsplatzsituation am härtesten, weil sie als erstes die Opfer sind. Es gibt keine Spitzen mehr abzudecken und für das Unternehmen ist ein Leiharbeiter eben kein eigener Mitarbeiter.

Die Medien berichten über massiven Jobabbau in Betrieben; Kommunale Politiker rufen nach Hilfe bei der Arbeitsplatzsicherung. Monatlich verlieren rund 8.000 Leiharbeiter ihren Job und keinen regt dies auf. Die Kündigungswelle trifft aber auch das Stammpersonal der Betriebe. Schlechte Auftragslage ist der eine Grund für den massiven Jobabbau – schon lange geplante Verlagerung der Betriebe oder Teile des Betriebes der Andere.

Franz Grün ist Bundessekretär des GLB

Ministerinnenschelte und Arbeitszeiterhöhung

Von Dagmar Schulz

Unser Schulsystem ist reformbedürftig. Dies betrifft die Schule im Kontext geänderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die Notwendigkeit einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen, die Rücknahme der Sparpakete 1995 und 2003, die Reform und Vereinheitlichung der Ausbildung und des Dienstrechts der LehrerInnen.

Statt jedoch Strukturreformen anzugehen, verließ sich Ministerin Schmied auf billigsten Populismus mit Hilfe der Journaille. Im Bewusstsein, dass alle schon einmal schlechte Erfahrungen mit LehrerInnen gemacht haben, setzte sie auf die „Politik der Gefühle“, war sich der Unterstützung der Medien sicher und nicht zu schade, die Arbeit einer gesamten Berufsgruppe gering-schätzig zu beurteilen und die LehrerInnen (ca. 75 Prozent sind weiblich) zu diffamieren.

Worum ging und geht es aber tatsächlich bei dieser Kampagne?

Nicht um die Wahrheit: Sämtliche publizierten Zahlen (Arbeitszeit, Gehalt etc.) waren falsch, da es kein einheitliches Dienstrecht gibt. Während man gerne die niedrigstmögliche Stundenzahl verwendete, wurde der Bruttoendlohn angeführt etc.

Nicht um die SchülerInnen: Die zusätzlichen zwei Stunden, die die LehrerInnen gratis ableisten sollen, werden nicht ihnen zu Gute kommen. Die Maßnahme bedeutet nichts anderes, als dass die LehrerInnen in Hauptschule, AHS und BMHS statt bisher zwischen 150 und 250 SchülerInnen dann eben zwischen 175 und 275 SchülerInnen zu unterrichten hätten und stellt sich damit als kalte Sparmaßnahme auf Kosten von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern dar. Steigende LehrerInnenarbeitslosigkeit ist zu erwarten.

Nicht um die Eltern: Sonst wäre eine

flächendeckende Einführung einer Gesamt- und Ganztagschule ein vor-dringliches Ziel. Der letzten AK-Studie zufolge geben Österreichs Eltern 140 Millionen Euro jährlich für Nachhilfe aus. Wer dieses Geld nicht aufbringen kann, muss sein Kind also derzeit in eine HS/KMS schicken. Der neue EU-Vertrag sichert übrigens Kostenfreiheit nur mehr für den Pflichtschulbereich. Die EU-Kommission schlägt ausdrücklich „die Einführung von Schuldgeld oder anderer Gebühren“ vor, „um die Finanzierung höherer Bildungseinrichtungen zu unterstützen.“

Nicht um die LehrerInnen: Die Medienhetze ist einer westlichen „Demokratie“ des 21. Jahrhunderts nicht würdig. KollegInnen wurden in der Öffentlichkeit wegen angeblicher Faulheit und Privilegien beschimpft. Die – sowieso nur zögerliche – Vertretung der Interessen durch eine (ebenfalls reformbedürftige) Gewerkschaft wurde als Reformunwilligkeit diffamiert, gewerkschaftliche Maßnahmen wie Streik sollen möglichst ohne Behelligung der Öffentlichkeit stattfinden. All dies unter dem Applaus jener, die es als nächstes treffen kann und wird. Langsam wird es doch einigen ArbeitnehmerInnen klar, dass es sich hier um eine in der Zweiten Republik noch niemals da gewesene Erhöhung der Arbeitszeit um etwa 10 Prozent handelt, die auf keinen Fall ohne gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen hingenommen werden kann!

Nicht um die Verbesserung des Schul-

systems: Wie soll das Schulsystem verbessert werden, wenn die im Dienst befindlichen LehrerInnen zu ihrer derzeitigen Belastung noch weitere Stunden unterrichten sollen, statt diese Stunden zur Vorbereitung, Weiterbildung, Kooperation, etc. zu verwenden? Wurden die LehrerInnen also „geopfert“, um Schmieds Unfähigkeit, eine deutliche Ausweitung des Bildungsbudgets zu erreichen, zu korrigieren?

Oder muss der Angriff auf diese Berufsgruppe als „Versuchsballon“ gesehen werden für die Angriffe auf andere Beschäftigtengruppen (Post, Justiz...), PensionistInnen und Arbeitslose? Finanzminister Prölls Drohung mit einem „extrem restriktiven Kurs“ beim Budget und dessen Geheimhaltung lassen Schlimmes befürchten.

Solidarität und gemeinsamer Kampf sind daher unumgänglich. Ebenso wichtig ist es aber, Meldungen der Mainstream-(aber auch „Qualitäts-) Medien kritisch zu hinterfragen und sich nicht auseinander dividieren zu lassen. Dies (oder so ähnlich) sagte übrigens schon meine Geschichtslehrerin.

Dagmar Schulz ist Diplompädagogin und unterrichtet an einer KMS in Wien



Diese Prämie ist ein Schrott

Von Peter Baalmann

Die beschlossenen „Konjunktur-Pakete“ der Bundesregierung (u.a. die „Verschrottungsprämie“) sagen viel über die Schwerpunktbildung der Bundespolitik aus: Das Auto hat – trotz aller Beteuerungen zum Klimaschutz – nach wie vor Vorrang vor der Bahn! Die Straßen- und Auto-lobby hat die Politik – auf Kosten der Umwelt und der Bahnkunden – erfolgreich auf ihre Seite geholt.

Soziale Aspekte

Durch die Abwrack-Prämie werden zigtausende Gebrauchtwagen im Marktwert bis 2.500 Euro mit Steuergeldern vernichtet. Damit werden fast ausschließlich Besserverdienende subventioniert, die sich einen prestigeträchtigen Neuwagen leisten können. Die Verschrottung betrifft Fahrzeuge, auf deren Kauf bisher Geringverdiener, größere Familien, Alleinerziehende, Arbeitslosengeld-Empfänger, Studenten und andere angewiesen waren und kein Statussymbol darstellen.

Die Preise für Gebrauchtwagen werden jetzt in die Höhe schnellen und für viele unerschwinglich werden. Manche werden abgelegene Arbeitsplätze nicht mehr erreichen können, da beim öffentlichen Verkehr eingespart wird und die im ländlichen Raum häufig verkehrenden Schulbusse von Nichtschülern nicht benützt werden dürfen.

Unsozialer geht es nicht:

Die Niedrigverdiener müssen über ihre Steuern die Vernichtung von Autos mitbezahlen, die sie selbst nötig gebrauchen könnten, z. B. um einen abgelegenen Arbeitsplatz zu erreichen oder Hol- und Bringdienste zu leisten. (Wenn eine Gesellschaft gebrauchsfähige Autos verschrottet, auf die andere angewiesen sind, um erwerbstätig sein zu können, handelt wie jemand, der Brot verbrennt, während der Nachbar hungert.)

Vielfahrer werden mit der Verschrottungsprämie belohnt, Bahnkunden mit Tarifierhöhung bestraft!

Wenn der Bund den Autofahrern eine Verschrottungsprämie von 1.500 Euro zur Verfügung stellt, muss das wohl auch für die Bahnkunden möglich sein. Wenn schon keine Prämie, dann zumindest ein Einfrieren der Bahntarife.

Ökologische Aspekte

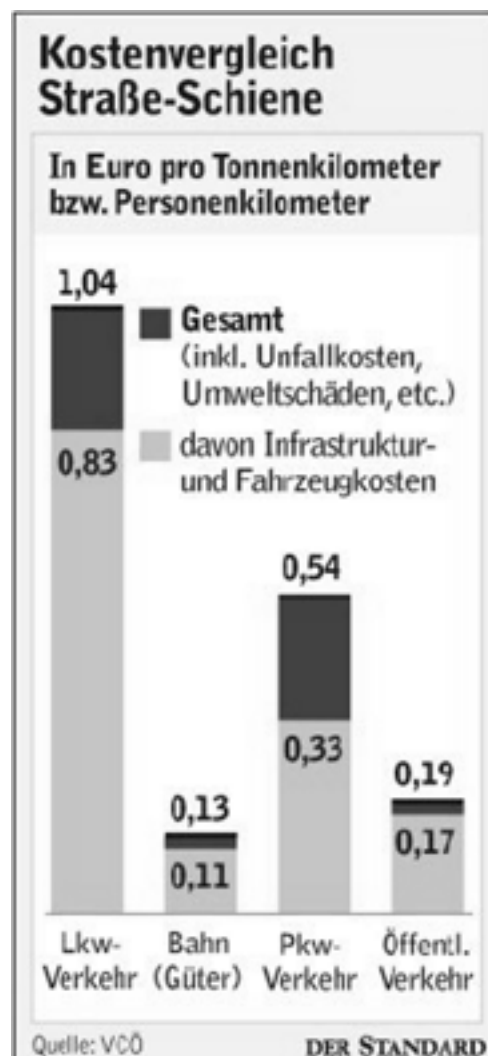
Auch da macht die Prämie keinen Sinn, selbst wenn jetzt mehr Kleinwa-

Herstellungenergie eines neuen Autos, ist eine lange Nutzungsdauer allemal am vernünftigsten. Insbesondere alte Autos werden von Wenig- und Langsam-Fahrern, somit mit relativ umweltschonender Fahrweise, benützt, während Viel- und Schnellfahrer ohnedies alle paar Jahre das Fahrzeug (meist aus der abgasintensiven Oberklasse) wechseln. Laut EURO-SOLAR wird bei der Produktion von einem neuen herkömmlichen Auto bis zu 20 Tonnen CO² mehr erzeugt und neue Modelle sind oft nicht sprit-sparsamer. Der amtliche Ausdruck „Ökoprämie“ entpuppt sich als glatte Falschbezeichnung.

Daher sollte es nur dann eine Prämie geben, wenn der bisherige Autobesitzer ganz auf ein eigenes Auto verzichtet und sich im Umweltverbund fortbewegt (Rad, Fuß. Öffentlicher Verkehr) – z.B. Ökoprämie von hundert Euro für den Kauf eines neuen Fahrrades und einer Jahreskarte für den Öffentlichen Verkehr oder einer Vorteilscard auf Autoteilen (Car-sharing) umsteigt (d.h. fallweise ein Auto benützen kann ohne eines zu besitzen; diese Autos werden besser ausgelastet) ein E-Mobil anschafft.

Letzteres wäre eine ökologischere Maßnahme, würde Energieverbrauch, Lärm und Abgasbelastung reduzieren.

Elektroautos sollen der Impuls für die Autoindustrie sein, sich umzuorientieren, und der Einstieg in den Ausstieg von Verbrennungsmotoren sein. Österreich verfügt über eines der dichtesten Elektrotankstellennetze der Welt, dies sollte



gen gekauft werden, erteilen wir eine klare Absage. Es sind damit kaum ökologische Vorteile verbunden; die Abgasreduktion bei Neuwagen ist zu hinterfragen: Bei Berücksichtigung der

auch genutzt werden. Es wäre zielführender, die für die Verschrottungsprämie vorgesehenen Finanzmittel (Prognose: 50.000 Fahrzeuge x 2.500 = 125 Mio. Euro) für den Ausbau des

Öffentlichen Verkehrs mit elektrischen Antriebssystemen zu verwenden, z.B. Obus- und Stadtbahnprojekte in Salzburg, Linz, Klagenfurt, St. Pölten.

Klimaschutz ist nur durch „mehr Bahn“ machbar, in der Form, dass die Rolle des Autos vom Hauptverkehrsmittel auf ein den öffentlichen Verkehr ergänzendes Verkehrsmittel verringert wird. Eine Nahverkehrsmilliarde für einen dichteren öffentlichen Verkehr ist unabdingbar und auch zu rechtfertigen, denn dadurch wird die Autoabhängigkeit gesenkt. Mit diesem Geld sollen auch Bahnhöfe attraktiviert und zu städtischen Dienstleistungszentren ausgebaut werden.

Wirtschaftliche Aspekte

Zahlreiche Staaten rund um die Welt zeigen sich trotz angespannter Budgets für die Autoindustrie äußerst spendabel. Von staatlichen Bürgschaften über Direktsubventionen, Steuerbegünstigungen für Neuwagen bis zu großzügigen Straßenbauprogrammen wird unter dem Deckmantel der Sicherung von Arbeitsplätzen die Auto- und Straßenlobby massiv gefördert. Andere Branchen hingegen, die ebenso Umsatzrückgänge aufzuweisen haben, haben das Unternehmerrisiko ohne derartige Hilfen bis zum Konkurs auszubaden.

Die Verschrottungsprämie ist ein branchenmäßig einseitiger Eingriff der Politik (trotz „freier“ Marktwirtschaft) in die Wirtschaft zugunsten der Autolobby. Dabei wird die Zahl der vom Auto abhängigen Arbeitsplätze bewusst hochgeschraubt und die Zahl der bei Bahnen wegrationalisierten Arbeitsplätze verheimlicht. Weiterer Vorteil: gleich viel Geld sichert im Bahnbau um ca. ein Drittel bis 50 Prozent mehr Arbeitsplätze als im Straßenbau.

Finanzielle Aspekte

Die externen Kosten des Straßenver-

kehrs sind um ein mehrfaches höher als die des Schienenverkehrs. Denn die Umweltschäden werden für kommende Generationen immer teurer. An die fällig werdenden Ausgleichszahlungen bei Nichterreichen der Klimaschutzziele denken die Politiker überhaupt nicht. Die Unfall(folge)-kosten werden ebenfalls nicht angedacht; vielmehr werden Autounfälle als ein unabwendbares Naturgesetz hingenommen, als Preis der „freien Fahrt für freie Bürger“.

Wir sind enttäuscht über das Aus des Österreich-Tickets; die Bundesregierung gab der Autolobby durch die Verschrottungsprämie den Vorzug. Der frühere Finanzminister Molterer wollte noch im Vorjahr das Öster-



reich-Ticket mit einem Preis von 1.486 Euro einführen und dafür 100 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

Davon ist jetzt keine Rede mehr, sein Nachfolger Pröll stellt stattdessen 22 Mio. Euro für die fragwürdige Verschrottungsprämie zur Verfügung. Dieser Betrag hätte immerhin ausgereicht, 22.000 Österreich-Tickets zu finanzieren. Stattdessen kündigte ÖBB-Chef Klugar an, 100 Mio. Euro einsparen zu wollen (in der Praxis sicher nicht auf dem Rücken der Manager, sondern der Bahnkunden!).

Der Bahnverkehr in Österreich leidet allzu sehr unter fragwürdigen Streckenausbauten, die nicht prioritär sind und auch nicht im Einklang mit einem integralen Taktfahrplan (ITF) (=leicht merkbare Taktzeiten, kurze Umsteigezeiten, gute Anschlussverbindungen zu Bahn und Bus) stehen. Hiefür sind eine selektiver Streckenausbau und Lückenschlüsse erforderlich. Der von den ÖBB angekündigte Taktfahrplan 2009-2011 ist aufgrund der sich abzeichnenden schlechten Rahmenbedingungen äußerst gefährdet. Die Bahnkunden erwarten aber einen attraktiven Fahrplan und ansprechende Fahrzeuge, jedoch keine Monsterprojekte (z.B. Brenner-Basistunnel). Daher fordern wir die Umschichtung

der Geldmittel von der Verschrottungsprämie auf Für den ITF notwendigen Infrastrukturausbauten auf der Schiene, elektrischen Antrieb und Energieeffizienztechnologien im öffentlichen Verkehr, sowie Nachrüstung von dieselbetriebenen ÖV-Fahrzeugen mit Partikelfiltern Einfrieren der Bahntarife, Ökoprämie für Radkauf, Netz- und Vorteilskarten kein Sparpaket bei den ÖBB

Peter Baalman ist Aktivist von FAHRGAST und Pro-Bahn

Konsequent Arbeitnehmerinteressen vertreten!

Interview mit Erwin Stingl, Spitzenkandidat des GLB zur AK-Wahl in Niederösterreich vom 5. bis 18. Mai 2009

Kollege Stingl, stellst Du Dich unseren LeserInnen kurz vor?

Ich bin 1963 in St. Pölten zur Welt gekommen, aufgewachsen in Ossarn bei Herzogenburg, da wohne ich auch heute wieder mit meiner Familie. Beruflich habe ich vor kurzem die Ausbildung zum Pflegehelfer absolviert.

Bringst Du Erfahrungen mit, die Dir als Kammerrat nützlich sein könnten?

Ich war 18 Jahre in der Glanzstoff-Austria in Sankt Pölten, die Ende 2008 die Tore endgültig geschlossen hat, beschäftigt. Davon war ich die letzten zwölf Jahre als Betriebsrat für den GLB tätig. Diese Tätigkeit war meiner Meinung nach eine durchaus erfolgreiche, wie auch die Wahlergebnisse klar belegen.

Weshalb gerade der GLB?

Ich kam bereits sehr früh mit dem GLB in Kontakt, dessen Politik anders ist als die der Mehrheitsfraktion in ÖGB und AK. Während meiner Zeit in der Glanzstoff wurde mir dann erstmals richtig bewusst: was in Österreich so abläuft unter dem Deckmantel Sozialpartnerschaft ist nichts anderes als eine Geiselhaft der Lohnabhängigen.

Wie ist das zu verstehen?

Diese „Sozialpartnerschaft“ dient dazu, die Arbeitnehmer ruhig und bei Laune zu halten. Früher fiel dann und wann einmal ein Stück vom Kuchen

für die Lohnabhängigen ab. Dann hat sich die Gier des Kapitals so weit gesteigert, dass es bis vor kurzem nur noch Brösel vom Gewinn waren, die da so vom Tisch gestreift wurden für die Arbeitnehmer. Jetzt wird vom Kapital auch noch diese Brösel und ein bisschen mehr retour gefordert.

Wie konnte es Deiner Meinung nach so weit kommen?

Würden die Funktionäre ihren Job ordentlich und gewissenhaft machen, hätten wir dieses Problem nicht. Gewählt wurden sie um Arbeitnehmerinteressen zu vertreten und nicht um Parteiinteressen in den Vordergrund zu stellen. So ist es leider im Laufe der Jahre passiert, dass sowohl der ÖGB als auch die Arbeiterkammer zur Spielwiese der Großparteien verkommen sind.

Deine Meinung zu Jugend und Jobs?

Die Jugend ist unsere Zukunft! Dieser Satz muss gelebt werden, und alles muss getan werden, um alles umzusetzen was dieser Satz aussagt. Also zum Beispiel Schluss mit Alibi-handlungen, die Jugendbeschäftigung vortäuschen sollen und doch nur zwei Ziele im Visier haben.

Was meinst Du damit konkret?

Jugendliche werden unter Mithilfe von Regierung und „Sozialpartnern“ gleich beim Eintritt in die Arbeitswelt darauf vorbereitet, für möglichst wenig Gehalt möglichst viel an Leistung zu erbringen, mit möglichst wenig Rechten. Die Unternehmen werden mit billigen Arbeitskräften versorgt, welche man nach Ablauf einer Frist einfach und



unkompliziert austauschen kann. In vielen Betrieben werden Praktikanten mehr oder weniger als vollwertige Arbeitskräfte, die das Unternehmen kaum etwas kosten, eingesetzt. Die bessere Lösung wäre, Lehrlinge aliquot zur Beschäftigungszahl auszubilden bzw. stattdessen anteilmäßig in einen Fonds einzuzahlen, um öffentliche Lehrwerkstätten zu errichten.

Zum Thema Wirtschaftskrise?

Das Kapital steckt seit etwa einem halben Jahr wieder in einer Krise, in die es sich selber hineinmanövriert hat. Die Regierung nimmt innerhalb kürzester Zeit Millionen von Euros in die Hände um den Pfusch hochbezahlter Manager auch noch zu unterstützen. Über die vielen Menschen, die diese Krise meist unschuldig trifft, wird nicht berichtet, sie haben keine Lobby, die ihr Leid und ihre Sorgen der breiten Masse bekanntmacht. Meist schaut es sogar so aus, als würden sich die Betroffenen für ihre Lage genieren!

Wovon genau sprichst Du?

Ich spreche von einer Million Menschen in Österreich, die mit weniger als 893 Euro leben müssen. Ein Viertel davon steht erschreckender Weise im Berufsleben. Das heißt im wahrsten Sinne des Wortes, die haben kein Auskommen mit ihrem Einkommen. Einem geringen Einkommen, das es den armen, ach so von der Krise durchgebeutelten Unternehmen in den letzten Jahrzehnten erlaubt hat, saftige Gewinne zu schreiben!

Frühlingserwachen der Wiener Arbeiterkammer

Gerade rechtzeitig vor den AK-Wahlen in Wien werden die beiden großen Fraktionen – der ÖAAB-FCG (VP-nahe) und die dominierende sozialdemokratische Fraktion in der Wiener Arbeiterkammer munter. Auf einmal ist für den ÖAAB die Arbeitszeitverkürzung ein Thema, die FSG (sozialdemokratische GewerkschafterInnen) entdeckt plötzlich die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung des Reichtums und fordert die Besteuerung von Spekulationsgewinnen, eine Vermögensbesteuerung und vieles mehr. Allerdings stellt sich die Frage: wie glaubwürdig ist das kurz vor der Wahl?

Warum wurden die großen Fraktionen in den vergangenen Jahren nicht aktiv und haben beispielsweise die Möglichkeit der Gesetzesinitiative, welche die AK immerhin hat, nicht genutzt? Beispielsweise um mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zehn Euro pro Stunde einen konkreten Schritt zur Armutsbekämpfung zu unternehmen. Wo war der Aufschrei, als der SP-dominierte Wiener Landtag seine soziale Verantwortung in einen „Fonds Soziales Wien“ ausgelagert hat? Da befand sich die ebenfalls SP-dominierte AK im Tiefschlaf, um sich nicht mit Bürgermeister Häupl und jenen anzulegen, welche diese grandiose Auslagerung beschlossen haben.

Wo waren die lautstarken Proteste gegen den Börsegang der Post, gegen die geplanten Schließungen von

Postämtern, gegen die zunehmend schlechteren Arbeitsbedingungen beispielsweise bei den „Wiener Linien“, wo offenbar mit Mobbing und Drohungen unliebsame KollegInnen entfernt werden sollen? Wo waren die Arbeiterkammer und ihr Protest gegen die Sonntagsöffnung im Handel während des angeblichen Jahrhundertereignisses „Fußball EM“? In einer Branche, in der besonders viele KollegInnen mit dem Einkommen nicht auskommen – auch weil hier viele keinen Vollzeit Arbeitsplatz bekommen.

Jetzt – kurz vor der AK-Wahl – entdeckt die AK Wien mit einer Studie, wie unzufrieden die KollegInnen im Handel sind. Um das zu wissen, hätten die gut bezahlten KammerfunktionärInnen beim Einkauf nur mit den Handelsangestellten reden müssen, dann wären sie auch so darauf gekommen.

GLB: Mit Robert Hobek als Spitzenkandidat eine Stimme aus dem Betrieb in die AK!

Der Gewerkschaftliche Linksblock kämpft bei den AK-Wahlen um den Wiedereinzug in die Wiener Arbeiterkammer. Im Gegensatz zu den großen Fraktionen ist der GLB ausschließlich den Interessen der ArbeiterInnen und Angestellten verpflichtet und beteiligt sich nicht an sozialpartnerschaftlichen Kompromissen, die immer zu Lasten der Beschäftigten gehen. Kollege



Hobek ist Betriebsratsvorsitzender des Postamtes 1230 Wien-Liesing und – im Gegensatz zu vielen KammertätInnen der großen Fraktionen – nicht freigestellt.

Daher kennt er ebenso wie alle 33 weiteren KandidatInnen des GLB die



Probleme der Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis. Der Gewerkschaftliche Linksblock kann keine Wunder in der AK bewirken – er kann aber als „soziales Gewissen“ seine Stimme in der AK erheben, wie bisher Anträge einbringen und als Kontrollinstanz die großen Fraktionen immer wieder ermahnen, die angenommenen Anträge nicht nur im Rundordner abzulegen, sondern ernst zu nehmen. Dazu muss der Gewerkschaftliche Linksblock – Liste 7 – aber auch gewählt werden.



Wieder zahlreiche GLB-Initiativen in der Wiener Arbeiterkammer

AK-Präsident Tumpel meinte in seiner Rede bei der 150. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer am 1. April 2009 zur Wirtschaftskrise, dass das erste Maßnahmenpaket sehr spät kam und daher noch nicht wirksam wurde. Für ein zweites Paket fordert die AK eine Ausbildungsgarantie, eine Verbesserung der Bildungskarenz, eine gesetzliche Regelung eines Übergangsgeldes für ältere arbeitslose ArbeitnehmerInnen und eine bessere Absicherung von Arbeitslosen.

GLB-Arbeiterkammerrätin Beatrix Todter zeigte sich angenehm überrascht, dass die vom GLB schon seit Jahren geforderte Arbeitszeitverkür-

zung jetzt sogar für die FCG ein Thema ist. Trotzdem erhielt unser Antrag von den großen Fraktionen keine Zustimmung.

Der GLB brachte 15 Anträge zu den Themen AK-Mitgliedschaft, Recht auf ein Bankkonto für alle, Rechtsmittel gegen Dienstbeurteilungen, Mobbing und Bossing als strafrechtlicher Tatbestand, Leiharbeit zurückdrängen, Klares Bekenntnis zum Umlagesystem, Finanzierungsvorbehalte im Regierungsprogramm aufheben, Arbeitszeitverkürzung statt Kurzarbeit, Wertschöpfungsabgabe, Umverteilung, Begrenzung der Managementbezüge, Kostenfreie Bestätigung für



Pflegefreistellung, Aufstockung der Mittel des „Fonds Soziales Wien“, Wiedereinführung des kommunalen Wohnbaus der Stadt Wien und Vorratsdatenspeicherung ein. Die Anträge 5 und 9 wurden angenommen, die Anträge 1 und 3 abgelehnt und die restlichen Anträge zugewiesen.

Die GLB-Anträge im Wortlaut stehen auf www.glb.at.

Aktiver GLB in der Wiener AK

Eine aktive Bilanz kann der GLB bei seiner Tätigkeit in der Wiener Arbeiterkammer in der abgelaufenen Periode von 2004 bis 2009 vorweisen, wie eine Übersicht über die eingebrachten Anträge zeigt. Schwerpunkte dabei waren die Ablehnung der Privatisierung und die Sicherung sozialer Errungenschaften. Einzelne Anträge wurden angenommen, ein Teil abgelehnt, der Großteil zugewiesen:

141. Vollversammlung 2004:

4 Anträge (Pensionsbeiträge, Klassenschüler-Innenhöchstzahl, Arbeitszeit, Jugendbetreuung)

142. Vollversammlung 2005:

15 Anträge (Baukostenbeitrag, Privatisierung Krankenhäuser, Pflegeurlaub, Lehrberuf Triebfahrzeugführer, Zerschlagung ÖBB, Hausbriefkästen, Schicht- und Wechseldienst, Arbeitszeitflexibilisierung, Arbeitszeitmodelle, Postämterschließung, Kollektivvertrag Zustelldienste, Krankengeld, KlassenschülerInnenhöchstzahl, Lehrer-Innenausbildung, Schulen)

143. Vollversammlung 2005:

9 Anträge (Dienstverträge, e-card, Kombilohn, Selbstbehalte, Post im öffentlichen Eigentum, Privatisierung ÖBB-Reinigung, ÖBB-Pensionierungen nach zeitlichem Ruhestand, ÖBB-Sicherheit, generelle Sozialversicherungspflicht)

144. Vollversammlung 2006:

2 Anträge (Börsegang Post, Mitarbeiterbeteiligung)

145. Vollversammlung 2006:

2 Anträge (Vorschuljahr, Sozialbetrug (gemeinsam von FSG, FA, GA, BM und GLB))

146. Vollversammlung 2007:

8 Anträge (Lehrlingsausbildung, Erbschaftssteuer, Verlängerung Arbeitszeit, E-Wirtschaft, Börsegang ÖBB, Gebührenbefreiung, Kinderbetreuungsgeld, Ladenöffnungszeiten)

147. Vollversammlung 2007:

6 Anträge (Schwerarbeiterregelung, Arbeitslosenversicherungsgesetz, Volksabstimmung EU-Vertrag, amtliche Preisregelung, Privatisierung, Sonntagsöffnung EM 2008)

148. Vollversammlung 2008:

13 Anträge (Amtliche Preisregelung, Mindestlohn, Ausgliederung Post und

Telekom, Gesundheitsreform, Privatisierung ÖBB, Stock-Options, EU-weite soziale Mindeststandards, Kapitalverkehr, Negativsteuer, Rückzahlung Arbeitslosenversicherung, Europäischer Betriebsrat, Rückzahlung Getränkesteuer, Gewerkschaftliche Rechte)

149. Vollversammlung 2008:

12 Anträge (AK-Mitgliedschaft, Dienstbeurteilungen, Einspruch Dienstbeurteilung, Rechtsbeistand, Gas- und Strompreis, Finanzmarktkrise, Pensionsfinanzierung, AK-Umlage, Öffentliches Eigentum, Personal Post AG, AK-Wahlrecht, Post AG (Dringlichkeitsantrag))

150. Vollversammlung 2009:

15 Anträge (AK-Mitgliedschaft, Bankkonto, Dienstbeurteilungen, Mobbing und Bossing, Leiharbeit, Umlagesystem, Finanzierungsvorbehalte, Arbeitszeitverkürzung, Wertschöpfungsabgabe, Umverteilung, Management-Bezüge, Pflegefreistellung, „Fonds Soziales Wien“, kommunaler Wohnbaus, Vorratsdatenspeicherung)

Tirol									
	AK-Wahl 2004			AK-Wahl 2009			Differenz		
	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate
Wahlberechtigt	207.984			219.518			11.534		
Abgegeben	114.541	55,07%		116.242	52,95%		1.701	-2,12%	
Ungültig	1.338	1,17%		2.264	1,95%		926	0,78%	
Gültig	113.203	100,00%	70	113.978	100,00%	70	775		
ÖAAB/FCG	69.394	61,30%	44	71.830	63,02%	46	2.436	1,72%	2
FSG	27.523	24,31%	17	22.624	19,85%	14	-4.899	-4,46%	-3
AUGE/UG	7.816	6,90%	5	7.748	6,80%	5	-68	-0,11%	0
SOLI	4.183	3,70%	2	2.245	1,97%	1	-1.938	-1,73%	-1
FA	3.518	3,11%	2	6.732	5,91%	4	3.214	2,80%	2
GLB	769	0,68%		802	0,70%		33	0,02%	0
NBZ				1.144	1,00%		1.144	1,00%	0
GALIP				853	0,75%		853	0,75%	0

AK-Wahl Tirol: GLB konnte Stimmen halten

Ein weiterer Ausbau der absoluten Mehrheit des ÖAAB/FCG, starke Verluste an Stimmen, Mandaten und des Vizepräsidenten der FSG, Stimmen- und Mandatsgewinne für die Freiheitlichen Arbeitnehmer, Behauptung der AUGÉ/UG, ein offenbar durch die mandatslos gebliebene Kandidatur von NBZ und GALIP bedingter Stimmen- und Mandatsverlust der MigrantInnenliste SOLI und das Halten der Stimmen des GLB sind bei einer weiter gesunkenen Wahlbeteiligung das Ergebnis der vom 2. bis 13. März 2009 stattgefundenen Arbeiterkammerwahl in Tirol.

Oberösterreich									
	AK-Wahl 2004			AK-Wahl 2009			Differenz		
	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate
Wahlberechtigt	434.987			491.242			56.255		
Abgegeben	217.161	49,92%		216.668	44,11%		-493	-5,82%	
Ungültig	4.216	1,94%		3.994	1,84%		-222	-0,10%	
Gültig	212.945	100,00%	110	212.674	100,00%	110	-271		
FSG	142.724	67,02%	75	126.023	59,26%	67	-16.701	-7,77%	-8
ÖAAB/FCG	49.813	23,39%	26	53.980	25,38%	28	4.167	1,99%	2
FA	10.034	4,71%	5	21.528	10,12%	11	11.494	5,41%	6
AUGE	7.909	3,71%	4	7.981	3,75%	4	72	0,04%	0
GLB	1.345	0,63%		1.823	0,86%		478	0,23%	
BM	1.120	0,53%		1.339	0,63%		219	0,10%	

AK-Wahl OO: Deutlicher Stimmenzuwachs für den GLB

Massive Verluste der aber weiterhin absoluten FSG-Mehrheit vor allem zugunsten der Freiheitlichen Arbeitnehmer, leichte Gewinne für ÖAAB/FCG, Behauptung der AUGÉ/UG und ein 36-prozentiger Stimmengewinn für den GLB (der ein Mandat nur um 58 Stimmen verfehlte) und eine ebenfalls mandatslos gebliebene Kandidatur der islamistischen Liste Bündnis Mosaik sind bei einer stark gesunkenen Wahlbeteiligung das Ergebnis der vom 16. bis 28. März 2009 stattgefundenen Arbeiterkammerwahl in Oberösterreich.

Steiermark									
	AK-Wahl 2004			AK-Wahl 2009			Differenz		
	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate
Wahlberechtigt	338.801			362.732			23.931		
Abgegeben	146.420	43,22%		144.996	39,97%		-1.424	-3,24%	
Ungültig	2.279	1,56%		2.164	1,49%		-115	-0,06%	
Gültig	144.141	100,00%	110	142.832	100,00%	110	-1.309		
FSG	100.579	69,78%	79	93.815	65,68%	74	-6.764	-4,10%	-5
ÖAAB/FCG	28.651	19,88%	22	28.998	20,30%	22	347	0,43%	0
FA	7.114	4,94%	5	10.548	7,38%	8	3.434	2,45%	3
AUGE	5.080	3,52%	3	5.403	3,78%	4	323	0,26%	1
GLB	2.317	1,61%	1	2.688	1,88%	2	371	0,27%	1
BM	400	0,28%		490	0,34%		90	0,07%	0
Kaltenbeck				890	0,62%		890	0,62%	0

AK-Wahl Steiermark: Ein zweites Mandat für den GLB

Ein starker Verlust der jedoch weiterhin fast Zwei-Drittel-Mehrheit der FSG vor allem zugunsten der Freiheitlichen Arbeitnehmer, leichte Gewinne für ÖAAB/FCG und AUGÉ, der Gewinn eines zweiten Mandats für den GLB und mandatslos gebliebene Kandidaturen der Liste Kaltenbeck sowie der Liste Bündnis Mosaik sind bei einer stark gesunkenen Wahlbeteiligung das Ergebnis der vom 19. März bis 1. April 2009 stattgefundenen Arbeiterkammerwahl in der Steiermark.

Post AG: Sonderdividenden statt Postämter

Von Gerald Oberansmayr

Der Post-Vorstand hat angekündigt, weitere 293 Postämter zu schließen. Damit würde das Filialnetz der Post auf rund tausend absinken, das sind 60 Prozent weniger als noch im Jahr 2000. Im selben Zeitraum wurden 10.000 Arbeitsplätze „abgebaut“ (minus 27,5 Prozent).

Während die Post Beschäftigte abbaut bzw. den Druck auf sie ständig erhöht und das Leistungsangebot für die KundInnen, insbesondere im ländlichen Raum, immer schlechter wird, werden die Aktionäre seit der Teilprivatisierung mit fürstlichen Dividenden bedient:

Die an die Aktionäre ausgeschüttete Dividende hat sich alleine zwischen 2005 und 2007 mehr als vervierfacht, von 40 Millionen auf 168 Millionen Euro. 2008 will der Vorstand eine ähnlich hohe Dividende zahlen. Im Jahr 2007 wurde eine Sonderdividende ausbezahlt, sodass um 37 Prozent mehr Geld an die Aktionäre ausgeschüttet wurde, als Gewinn erzielt wurde; 2008 wären es sogar 42 Prozent mehr. Über sieben Prozent des gesamten Umsatzes wandert an die Aktionäre.

2007 wurde eine Dividende an die Aktionäre ausbezahlt, die das 14-fache dessen beträgt, was die 293 Postämter kosten, die der Vorstand jetzt schließen will! Auch das soll sich 2008 wiederholen, wenn es nach dem Willen des Vorstands geht. Um diese Dividende könnte die Arbeit jedes Postbeschäftigten um 6 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich gesenkt werden.

Auslöser: EU-Liberalisierung

Die (Teil-)privatisierung der Post im Jahr 2006 hat den Dividendendruck enorm erhöht. Auslöser dieser neoliberalen Dynamik, die bereits ab Ende

der 90er Jahre vorangetrieben wird, ist die EU-Liberalisierungspolitik, die den Postmarkt schrittweise für privates Kapital öffnet. Damit kann eine Politik, die wohl in vielen Ländern auf parlamentarischen Weg nie und nimmer mehrheitsfähig wäre, bequem oktroyiert werden.

Selbst wenn alle österreichischen RepräsentantInnen im Rat (rund drei Prozent Stimmgewicht) und EU-Parlament (2,3 Prozent der Stimmen)



dagegen wären (sie waren es im Fall der Postliberalisierung nicht!), kann über die ganze Bevölkerung drübergefahren werden. Und auch Rat und EU-Parlament können nur über Vorlagen befinden, die von der demokratisch kaum belangbaren EU-Kommission vorgeschlagen werden. Damit wird die Liberalisierungspolitik faktisch unumkehrbar gemacht. Schweiz:: Doppelt so viele Postämter bei halber Fläche.



Ein Blick in das Nicht-EU-Land Schweiz zeigt, wo der Unterschied liegt. Obwohl die Schweiz flächenmäßig nur halb so groß wie Österreich ist und eine halbe Millionen EinwohnerInnen weniger hat, gibt es in der Schweiz mit 2.600 Postfilialen doppelt so viele wie in Österreich. Die Schweizer Post, die zu 100 Prozent im staatlichen Eigentum steht, beschäftigt doppelt so viele Menschen wie die österreichische und ist damit einer der größten Arbeitgeber im Land. Freilich versuchen auch die Schweizer Eliten die EU-Liberalisierungspolitik mit Zeitverzögerung in die Schweiz zu importieren.

Die Regierung möchte ebenfalls 2012 die Liberalisierung der Postmärkte durchziehen. Und doch welch ein Unterschied: Während in Österreich kein Mensch gefragt wird, ob er/sie die Postdienste dem totalen Markt unterwerfen will, werden die SchweizerInnen in einer Volksabstimmung darüber entscheiden können, ob sie dem Willen ihrer Regierung folgen oder nicht. Einmal mehr zeigt sich:

Ohne Bruch mit dem EU-Liberalisierungszwang, ohne Aufwertung der direkten Demokratie wird es keine demokratische und solidarische Wende geben.

Gerald Oberansmayr ist Aktivist der Werkstatt Frieden & Solidarität in Linz (Artikel aus guernica 1/2009)

3. bis 5. Juni: Betriebsratswahlen bei den ÖBB

Von *Andreas Szinger*

Ein langes Hickhack gab es im Vorfeld um den Termin zur Abhaltung der Betriebsratswahlen bei den Österreichischen Bundesbahnen. Wahltermine der AK-Wahlen bzw. EU-Wahl standen scheinbar für den Wahlkampf ebenso im Weg wie die bevorstehenden Gehaltsverhandlungen. Dabei scheint ein Wahlkampf ganz einfach zu sein. Bei entsprechender Leistung der Betriebsräte honorieren die KollegInnen diese ohnehin mit ihrer Stimme.

Vor vier Jahren wurde bei den Österreichischen Bundesbahnen erstmals ein Betriebsrat nach dem Arbeitsverfassungsgesetz gewählt. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es einen Vertrauenspersonenausschuss, den Personalausschuss und den Zentralausschuss. Ausgestattet mit einer Machtstellung sondergleichen wurde regiert, und ohne Zustimmung des entsprechenden Gremiums ging am Personalsektor fast gar nichts. Diese Zeiten sind vorbei und die Betriebsräte sind auf das Mitspracherecht, welches ihnen das ArbVG zusteht, beschränkt. So mancher scheint diese Tatsache bis heute nicht überwunden zu haben.

Rund 40.000 EisenbahnerInnen werden in der Zeit vom 3. bis 5. Juni ihren Betriebsrat für die nächsten vier Jahre wählen und sie sollten dabei sehr genau prüfen, wem sie ihr Vertrauen schenken. Auch wenn die Mitsprache des Betriebsrates gegenüber früheren Jahren sehr reduziert ist, wird ein guter und engagierter Betriebsrat für das Wohl seiner KollegInnen eine Menge mehr heraus-



holen können als ein selbstgefällig sich zurücklehnender. Die sich zum Gewerkschaftlichen Linksblock bekennenden Betriebsräte haben in den letzten vier Jahren hervorragende Arbeit geleistet und so manche Ungerechtig-

keit rückgängig gemacht oder aufkeimende Ungerechtigkeiten im Vorfeld abgeblockt. Dies werden sie auch in der nächsten Periode wieder tun.

Betriebsratskandidaten, die Mitglieder des Gewerkschaftlichen Linksblock sind oder ihm nahe stehen, werden sich in den unterschiedlichsten Betrieben des Konzerns zur Wahl stellen. Sie werden, wenn ihnen die Belegschaft das Vertrauen ausspricht, mit ihrer ganzen Kraft hinter den Anliegen ihrer KollegInnen stehen und diese so gut es geht umzusetzen versuchen. Auch wird von ihnen die Forderung an die Organe der Gewerkschaft vida ergehen, ihrerseits die in ihrem Bereich der Verantwortung liegenden Agenden wie Gehaltsabschlüsse und Bereiche des Kollektivvertrags im Interesse der

KollegInnen auszuverhandeln.

Bei einer Tagung der GLB-Betriebsratskandidaten aus den unterschiedlichsten Bereichen der ÖBB stellten sich sehr rasch ein gemeinsames Ziel heraus. Alle Mitarbeiter der Österreichischen Bundesbahnen sollen nach

gleichen Kriterien behandelt werden. Ob sich dies am Lohnsektor oder in anderen Bereichen widerspiegelt, das Gleichheitsprinzip ist anzuwenden. Ein weiters wichtiges Anliegen ist die Frage der Sicherheit. Dass es sich bei diesem Sicherheitsdenken von der Sicherheit des Arbeitsplatzes über die persönliche Sicherheit des Personals bis hin zur Sicherheit der anvertrauten Kunden handelt, versteht sich selbstredend.

Zuletzt noch sehen unsere Betriebsratskandidaten in manchen Bereichen Handlungsbedarf im Zeitpunkt der Dienstübergabe. Eine Anpassung an die Bindung der Zufahrts- bzw. Heimfahrmöglichkeiten an den öffentlichen Verkehr, selbstverständlich unter Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes sowie des Arbeitszeitkollektivvertrages (Höchstdauer der Dienstschicht), ist vor Ort zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat zu vereinbaren.

Wenn sich unsere Kandidaten Anfang Juni der Betriebsratswahl stellen, ist ihnen bewusst, das sie im Falle ihrer Wahl die eigenen Interessen zugunsten der Interessen der KollegInnen in den Hintergrund stellen und mit ganzer Kraft in den kommenden vier Jahren für die Anliegen ihrer KollegInnen eintreten werden.

Andreas Szinger ist Betriebsrat bei Rail Cargo Austria und Vorsitzender des GLB in der Lebensgewerkschaft vida

die Arbeit 2/09



Ein anderes Wirtschaften ist möglich

Von *Heidmarie Ambrosch*

... davon überzeugt diskutierten an die großteils jungen tausend TeilnehmerInnen am Internationalen Kongress „Solidarische Ökonomie“, der vom 20. bis 22. Februar 2009 an der Universität für Bodenkultur in Wien durchgeführt wurde. Insbesondere die Beteiligung aus Deutschland war hervorstechend, wo im Jahr 2006 der erste Kongress zum Thema stattgefunden hat.

Aber auch aus der Schweiz, Italien, Ungarn, Slowenien, Tschechien, Frankreich, Spanien, Finnland sind Frauen und Männer angereist, aus Übersee Brasilien, Venezuela, Nepal waren ReferentInnen eingeladen. In 120 Programmangeboten wurden sowohl grundlegende Alternativen angedacht, wie auch unterschiedlichste konkrete Praxen vorgestellt, vom Kostnixladen in Wien bis zur Frauenbank in Venezuela.

Organisiert wurde der Kongress in einem offenen, partizipativen Prozess von Personen aus den verschiedenen sozialen, feministischen, ökologischen, kommunistischen, anarchistischen oder ökumenischen Bewegungen. Ziel des Kongresses war es, ein „Wirtschaften“ zu thematisieren, das auf Kooperation und gegenseitiger Unterstützung statt auf Ellbogenmentalität und Ausgrenzung zielt. Solidarische Ökonomie stellt den Menschen anstelle des Profits in den Mittelpunkt.

„Wir wollen den Begriff „Solidarische Ökonomie“ bewusst nicht eng eingrenzen, um sehr unterschiedlichen Konzeptionen und Ansätzen Platz zu geben und kontroversielle Diskussionen zu ermöglichen. Dabei geht es um Kritik der Geschlechterverhältnisse, Grenzregime, Kapitalismus und/oder der Zerstörung natürlicher Lebensräume und auch um einen selbstreflexiven Blickwinkel auf solidarökonomische Projekte, wie z.B.: selbstverwaltete Räume und Betriebe, alte und neue Genossenschaften, solidarische Wohnformen, Aneignung von Raum und

Ressourcen, Kommunen, Unternehmungen mit sozialer Zielsetzung, Bleiberechtsinitiativen, Tauschringe, Regionalwährungen, Frauenräume und feministische Projekte, Umsonstläden, alternative Finanzierungseinrichtungen, fairer Handel, Solidarische und Interkulturelle Gärten, Volkküchen, land-



wirtschaftliche Direktvermarktung, Ökodörfer, OpenSource, Alternative Bildungseinrichtungen, Wissensallmende, Grundeinkommen u.v.a.m.“ lautete der vorangegangene Aufruf der OrganisatorInnen.

Bis auf wenige sehr spezifische Workshops waren sowohl die der theoretischen Impulse, der grundlegenden Kapitalismuskritik etc. als auch jene der internationalen insbesondere der lateinamerikanischen Erfahrungen wie auch der konkreten europäischen Projekte gut besucht, und soweit ich das aus den Gesprächen beurteilen kann, wurde in diesen wechselseitig die jeweils notwendige gegenseitige Anbindung von Theorie und Praxen gefordert.

Einzigartig war die gelebte Solidarität am Kongress selber, der spontanen Hilfe beim Infotisch oder im „Tüwi“, einem autonomen Wiener Projekt, wo das Mittagessen für alle vorbereitet wurde. Einig war man sich zum Schluss, dass es weiterer solcher Räume bedarf, um gerade angesichts der

noch vor uns liegenden Krisenauswirkungen Alternativen zu eröffnen und zu konkretisieren, in Theorie und konkreten Praxen, um der Individualisierung sozialer Probleme, die eigentlich in gesellschaftlicher Verantwortung wahrgenommen werden sollten, die Solidarität entgegenzustellen. Das Schlussplenum diente der weiteren Vernetzung, nähere Infos vor allem auch über das breite Spektrum des Programms und bereits eine Vielzahl von Texten, Videos finden sich auf <http://www.solidarischeoekonomie.at/>.

Heidi Ambrosch ist Frauensprecherin der KPÖ und Mitglied der Organisationsgruppe



„Ab 150 Millionen Dollar sind Sie dabei...“

Von Leo Furtlehner

...titelte 2002 im Fachblatt „Kommunal“ eine bezahlte Werbeeinschaltung der Kommunalkredit AG. Die euphorische Werbung galt einem „U.S. Lease“, mit dem kommunale und Landesunternehmen „über Nacht um 50, 100 oder noch mehr Millionen reicher“ werden sollten.

Bekanntgeworden sind solche Geschäfte als Cross Border Leasing (CBL). Grundsätzlich kamen dafür angesichts der hohen Nebenkosten für Anwälte und Arrangeure nur Objekte der öffentlichen Infrastruktur mit einem Wert von mindestens 150 Millionen Dollar in Frage, die an eine US-Gesellschaft verleast (Head Lease) oder verkauft und dann zurückgeleast (Sub Lease) wurden. Durch die Nutzung der damaligen US-Steuergebung wurde das Leasing-Objekt von einer eigens dazu gegründeten Gesellschaft (Trust) vorzeitig abgeschrieben, der daraus resultierende Steuergewinn (Nettobarwert) in Höhe von vier bis sieben Prozent der Transaktionssumme wurde geteilt.

Der Head Lease wurde meist für 99 Jahre, der Sub Lease für 25 bis 35 Jahre abgeschlossen. Kräftig mitschneiden konnten dabei die Anwälte, umfassen solche über sechs bis zwölf Monate lang verhandelte Verträge doch meist mehr als tausend Seiten. Involviert waren weiters Banken, bei welcher der Leasing- oder Verkaufserlös für die Zahlung der laufenden Leasingraten veranlagt wurde und Versicherungen, welche die Geschäfte absicherten.

CBL im großen Stil

Bis 2004 verleasteten Gebietskörperschaften und öffentliche Unternehmen Bestände der öffentlichen Infrastruktur wie Kanal-, Strom- und Gasnetze, Kraftwerke, Bahnhöfe, Straßenbahnen usw. im großen Stil an US-Ban-

ken und leasen diese zurück. Jahrelang war von einer geradezu optimalen Finanzierungsform die Rede. Als etwa im Wiener Gemeinderat 2002/03 die umfangreichen CBL-Deals vom grünen Mandatar Martin Margulies kritisiert wurden, machte sich nicht nur die allmächtige SPÖ-Mehrheit über solche Bedenken lustig, sondern untersagte ihm auch der rechte Flügel um Chorherr die Unterstützung.

Es gab aber auch vorsichtiger Stimmen. So kam ein CBL über das Regierungsviertel in Sankt Pölten nicht zustande, weil dies „schwer kommunizierbar“ war und den „Geruch des Ausverkaufs“ hatte. In Wiener Neustadt war das Rathaus als „Prestigeobjekt für die Bevölkerung“ wichtiger als ein solcher Deal. Die steirische Landesregierung warnte per Rundschreiben vom März 2004 ausdrücklich vor den zahlreichen Risiken von CBL.

Aus der Traum...

2004 wurde die US-Steuergebung geändert, vor allem weil diese Deals pro Jahr einen Steuerausfall von zehn Milliarden Dollar für den amerikanischen Staat bedeuteten. So richtig zum brennen begann der Hut freilich erst im Herbst 2008. Die Finanzkrise machte nämlich auch vor den in CBL-Geschäfte involvierten Banken und Versicherungen nicht halt, ein Beispiel ist der US-Versicherungskonzern AIG.



Die Vorstände österreichischer Gemeinden und Unternehmen beginnen zu zittern, schließlich geht es um ein Volumen von geschätzten 20 Milliarden Euro. Die Energie AG konnte einen CBL-Vertrag für das Stromnetz noch positiv mit einem Gewinn von 58 Millionen auflösen. Auch die Wiener Stadtwerke haben bereits zwei Verträge aufgelöst, die Stadt Wien jenen über das Rechenzentrum. Hier sind jedoch hohe Verluste zu befürchten.

Die demokratiepolitische Komponente wurde am Beispiel TIWAG deutlich: Das Tiroler Landesenergieunternehmen hatte 2001 das Kraftwerk Sellrain-Silz um 1,5 Milliarden als „Deal des Jahres“ per CBL verleast. Als der Journalist Markus Wilhelm die geheimen Inhalte der Verträge im Internet veröffentlichte, klagte die TIWAG mit einem Streitwert von 500.000 Euro und wollte Wilhelms Website sperren lassen. 2009 entschied jedoch das Oberlandesgericht Innsbruck, dass das Interesse der Öffentlichkeit wichtiger ist als die Geheimhaltung der Verträge, die Klage der TIWAG wurde abgewiesen, sie muss Wilhelm die Kosten ersetzen.

Über den eigentlichen Hintergrund solch riskanter „Erfindungen“ zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben wird freilich nicht gesprochen, nämlich die Aushungerung der öffentlichen Haushalte via Maastricht-Kriterien und Euro-Stabilitätspakt.

Leo Furtlehner ist verantwortlicher Redakteur der „Arbeit“

GLB trauert um Anton Hofer (1927-2009)

Am 14. Februar 2009 starb im 82. Lebensjahr nach langer schwerer Krankheit der langjährige frühere Bundesvorsitzende der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB).



Anton Hofer wurde am 1. Juni 1927 als Sohn einer Arbeiterfamilie in Lichtenwörth (NÖ) geboren. Bereits als 17jähriger wurde er zum Reichsarbeitsdienst und anschließend zur deutschen Wehrmacht eingezogen, kam in sowjetische Kriegsgefangenschaft, konnte aber schon 1945 zurückkehren. Kurz darauf begann er eine Berufslaufbahn als technischer Zeichner bei der damaligen SMV und wurde bald mit dem Aufbau der Betriebsfeuerwehr und des Werk-schutzes beauftragt.

Hofer zählte zu den Mitbegründern der Gewerkschaft in Neusiedl. 1954 wurde er Bezirkssekretär der KPÖ in Mistelbach und dann Sekretär für das ganze Erdölgebiet. Dem Ölfördergebiet und seinen Menschen blieb Hofer Zeit seines Lebens verbunden. In diese Zeit fielen die Umwandlung der SMV in die ÖMV auf Grund des Staatsvertrages, der Kampf um die Erhaltung des österreichischen Eigentums in der Erdölindustrie gegen die US-Konzerne und der Kampf gegen die Diskriminierung der KommunistInnen, die in der Erdölindustrie starke gewerkschaftliche Positionen hatten, welche mit der Durchsetzung wichtiger sozialer Errungenschaften verbunden sind. 1966 wurde Hofer Leiter der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit in der niederösterreichischen Landesleitung der KPÖ.

1970 wurde Hofer als Bundesvorsitzender der Gewerkschaftlichen Einheit (GE), aus der 1974 der GLB entstand,

gewählt und übte diese Funktion bis 1989 aus. Als einer der profiliertesten linken Gewerkschafter entwickelte Hofer im GLB, im ÖGB und im Weltgewerkschaftsbund eine Gewerkschaftspolitik, die gegen die sozialpartnerschaftliche Deformierung der Gewerkschaften gerichtet war, aber die Einheit des überparteilichen ÖGB wahrte. Sein Wirken für den GLB ist beispielhaft für eine Generation von FunktionärInnen, die allen Widrigkeiten zum Trotz die Grundlagen für unser heutiges Schaffen gelegt hat.

Zahlreiche Betriebsbesuche in Österreich, aber auch in den damaligen sozialistischen Ländern Osteuropas erweiterten Hofers Kontakte und Kenntnisse, die er für die Formulierung der Gewerkschaftspolitik nutzte. Er entwickelte Orientierungen, konstruktive Alternativen zur herrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik und das Selbstverständnis linker GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen in dieser Zeit, insbesondere auch im Kampf der 70er und 80er Jahre um die verstaatlichte Industrie.

Als Vertreter des GLB in der niederösterreichischen Arbeiterkammer konnte Hofer viele soziale Verbesserungen ansprechen und einfordern. Hofer gehörte auch dem Zentralkomitee und dem Politischen Büro der KPÖ an. Weiters war er auch mehrere Perioden lang Mitglied des Bundesvorstandes des ÖGB sowie des Generalrates des Weltgewerkschaftsbundes (WGB). Trotz seiner wichti-

gen Partei- und Gewerkschaftsfunktionen war Toni ein bescheidener Mensch, der sich nicht in den Vordergrund drängte und blieb seiner Herkunft, seinen MitarbeiterInnen und Freuden stets verbunden.

Die Interessen der arbeitenden Menschen waren immer Hofers Leitlinie und Kompass bei der Bestimmung seines Weges. So war er nie ein Nur-Gewerkschafter und andererseits auch nie ein Freund von politischen Orientierungen, die den Schreibtisch zum Ausgangspunkt haben. Toni war vielmehr ein Praktiker, der immer entlang seiner politischen Überzeugungen gehandelt hat und auf große theoretische Kenntnisse zurückgreifen konnte. Großen Wert legte er immer auf einen kollektiven, sachlichen, kameradschaftlichen und solidarischen Umgang der FunktionärInnen und MitarbeiterInnen, aber auch mit politisch anders Denkenden.

1989 schlug Hofer Manfred Groß (1953-2007) als seinen Nachfolger im GLB vor und zog sich 1990 auch aus der Parteiführung der KPÖ zurück. Trotz seines inzwischen erreichten Alters und zunehmender gesundheitlicher Probleme verfolgte Anton Hofer weiterhin aufmerksam die Entwicklung des GLB und der fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung. Vor zwei Jahren warf ihn eine schwere Erkrankung zurück.

Über 15.000 demonstrierten in Wien

Von Oliver Jonischkeit

Während ÖGB-Präsident Foglar noch im ÖGB-Bundesvorstand meinte, es hätte sich die Frage gestellt, den Aktionstag unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 28. März oder die Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 16. Mai in Prag zu unterstützen – und man habe sich zu letzterem entschlossen – brachte es der ÖGB immerhin zustande, sich mit den Zielen des Aktionstages einverstanden zu erklären.

Zumal ohnehin unter anderem sowohl die GPA-DJP als auch Vida zur Teilnahme aufgerufen haben. Auch der Gewerkschaftliche Linksblock gehörte dem breiten Bündnis an, das den Aktionstag und die Demo gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Finanzkrise unterstützte. Während in vielen europäischen Städten wie London und Berlin demonstriert wurde, kamen auch in Österreich 15.000 Menschen zur Demonstration, die sich gegen das derzeit herrschende Wirtschaftssystem – ausgerichtet auf Gewinnmaximierung und Konkurrenzkampf – richtete.

Es kann nicht sein, dass Gewinne pri-

vatisiert, Verluste jedoch von uns bezahlt werden sollen – daher das Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Die Demonstration war eine der größten der letzten Jahre und ein ermutigendes Zeichen, dass sich immer mehr Menschen nicht mehr dem Kapital unterordnen wollen. Wenn sich die Gewerkschaften das nächste Mal dazu auffaffen, nicht nur aufzurufen, sondern auch zu mobilisieren, werden noch mehr Menschen ihren Ärger mit den Auswirkungen der Finanzkrise zum Ausdruck bringen.

Oliver Jonischkeit ist Bundessekretär des GLB im ÖGB



15.000 Menschen demonstrierten am 28. März unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ in Wien. Am 16. Mai gibt es in Prag die Möglichkeit seinen Unmut zu äußern.



Die Leiden einer jungen Kassiererin

Anna Sam hat Literatur studiert und war acht Jahre lang gezwungen, sich als Kassiererin ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Mit trockenem Humor und scharfer Beobachtungsgabe beschreibt sie Szenenbilder, die sich in der Atmosphäre liebloser Achtlosigkeit der Supermärkte entwickeln. Sie beschreibt die Monotonie und auch die Schwere der Arbeit. Die Stärke ihres Werkes ist, dass darin konkret beschrieben wird, wie alltägliche Ausbeutung hinsichtlich der Arbeitsbedingungen vorstatten geht. Für Anna Sam war das Schreiben des Buches eine Selbstbefreiung, weshalb sie es auch mit einigem Humor schreiben konnte. Für ihre früheren KollegInnen ist es als eine Unterstützung gedacht.

Die Memoiren einer Supermarktkassiererin sind ein Lesevergnügen für alle mitfühlenden ZeitgenossInnen, die bereit sind, das Komische in der banalen Beschränktheit und Achtlosigkeit unserer Mitmenschen zu erkennen. Anna Sams Buch behandelt sicher kein großes Thema, aber es ist ein Kleinod ironischer Menschenbeobachtung. Die besten Satiren schreibt noch immer das wirkliche Leben.

Anna Sam, Die Leiden einer jungen Kassiererin, 2009, 171 Seiten, Verlag Riemann

die Arbeit 2/09

Arbeitsrecht-Tipp: Der Arbeitsvertrag (Dritter Teil)

Von Siegfried Pötscher

Arbeitspapiere die bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses zustehen sind Arbeitsbescheinigung, Abmeldung von der Krankenkasse, Arbeits- und Entgeltbestätigung, Lohnzettel, Arbeitszeugnis sowie Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung. Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind ArbeitgeberInnen verpflichtet eine Arbeitsbescheinigung auszustellen. Diese wird für die Beanspruchung des Arbeitslosengeldes benötigt.

Ab 1.1.2008 sind ArbeitgeberInnen verpflichtet, DienstnehmerInnen bereits vor Arbeitsantritt bei der Krankenkasse anzumelden. Die Abmeldung haben DienstgeberInnen binnen sieben Tagen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses durchzuführen. Außer-

dem sind sie verpflichtet, eine von der Krankenkasse bestätigten An- und Abmeldung (Kopie) zu übergeben. Bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses sind sie weiters verpflichtet einen Lohnzettel (L16) auszustellen.

ArbeitgeberInnen müssen auf Verlangen der ArbeitnehmerInnen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein Arbeitszeugnis (Endzeugnis) ausstellen. Ein Zeugnis hat Angaben über die Dauer des Dienstverhältnisses und die ausgeübten Tätigkeiten zu enthalten. Unzulässig sind Angaben, welche die Erlangung eines neuen Arbeitsplatzes erschweren.

Nach dem Einkommenssteuergesetz sind DienstgeberInnen verpflichtet eine

Gehalts- bzw. Lohnabrechnung auszustellen. Diese hat folgende Angaben zu enthalten: Bruttobezüge, Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherung, Sozialversicherungsbeitrag, Lohnsteuer, Bemessungsgrundlage für den Mitarbeitervorsorgebeitrag (Abfertigung neu), Beitrag zur Mitarbeitervorsorgekasse. Bei Beendigung des Dienstverhältnisses müssen ArbeitgeberInnen eine Endabrechnung ausstellen. Diese entspricht der monatlichen Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung.



Benjamin Turecek:

Kabarett „Hölle“

Freitag, 15. Mai 2009

17 Uhr

1110 Wien, Hugogasse 8

Eine Veranstaltung des GLB-Wien

GEMEINSAM

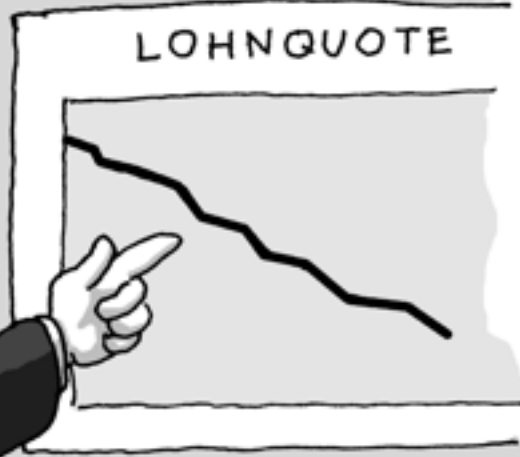
**1. MAI
2009**

**Treffpunkt:
10.30 Uhr Albertina
Abschlusskundgebung:
11.30 Parlament**

**Maifest
der KPÖ-Wien und des GLB
mit Live-Musik
ab 13 Uhr
am Siebensternplatz**

WIDERSTAND

UNSER BEINHARTES KUSCHELN
MIT DEN UNTERNEHMERN ZEITIGTE
ERFOLG: DIE LOHNQUOTE SANK
DIE MEISTEN JAHRE LEICHT,
MANCHMAL SANK SIE LEIDER
AUCH STÄRKER!



www.karl-berger.at

BRAVO!
TÜCHTIG!
SPITZE!
OGGB
WEITER SO!
JUCHHUUU!
BRAVO!

DIE ERFOLGSBILANZ

GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der
„OBSERVER“
Österreichs größter Medienbeobachter